



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wugk, Franz: Frankreich nach den Wahlen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Frankreich nach den Wahlen



Niemand hat so viel zur Verbreitung des Glaubens vom Niedergange Frankreichs beigetragen wie die französischen Politiker und Schriftsteller. Der Boulevardplauderer in den Blättern findet die Überreife, ja Fäulnis des Pariser Lebens äußerst interessant und sieht in ihr den Beweis, daß die Franzosen noch immer voran marschieren, wenn es auch auf dem Wege in den Sumpf ist. Die Politiker ihrerseits versichern uns, je nach ihrer Parteifarbe, fortwährend, daß ihr Vaterland rettungslos dem Untergange geweiht sei, oder aber, daß es im Gegenteil jetzt erst Aussicht habe, sich aus Schmach und Knechtschaft emporzuarbeiten. Wichtig ist, daß die dritte Republik nicht mehr die Weltmachtstellung innehat, die Frankreich zu der Zeit Ludwigs des Vierzehnten und des ersten Kaiserreichs behauptete, richtig ist auch, daß die Demokratie den äußern Glanz eingebüßt hat, den Napoleon der Dritte dem Lande verschaffte. Wir glauben auch, daß die Zeiten, wo Europa von Versailles oder Fontainebleau aus regiert wurde, nie wiederkommen werden. Wir glauben aber trotzdem nicht, daß Frankreich sowohl in seiner äußern wie in seiner innern Politik jemals eine Größe zweiten Ranges werden wird, deren Schicksale für die übrige Welt nur von geringer Bedeutung sind. Wir sind der Überzeugung, daß die französische Nation immer eine der Führerinnen auf der Bahn alles geistigen Fortschritts und in allem künstlerischen Schaffen bleiben wird. Wir haben am 2. Dezember des Tages von Austerlitz gedacht, wir werden uns im Oktober erinnern, daß Napoleon vor hundert Jahren in Berlin eingezogen ist. Sehnt sich das französische Volk wirklich nach einer Wiederkehr jener blutigen Herrlichkeit, wo Tausende und Hunderttausende von Landeskindern der Herrschsucht eines stammesfremden Tyrannen geopfert wurden? Sehnt es sich nach den Tagen, da in den Bourbonenschlössern nach Milliarden verprast wurde, was ein fleißiges Volk mühsam erspart hatte? Sehnt es sich nach den Krümbentauern und dem Mexikofeldzuge? Jener falsche Ruhm führte zu der Schmach von Rossbach, führte nach Moskau und Waterloo, führte nach Sedan und zu den Kommunegreueln. Man mag von der dritten Republik denken, was man will, aber man kann ihr nicht ein ähnliches Sündenregister vorhalten wie dem französischen König- und Kaisertum.

Die Fehler des heute herrschenden parlamentarischen Systems liegen gewiß offen zutage, und die Mißwirtschaft der Parteiregierungen hat ernste Krisen verursacht. Für die geistige Entwicklung des Volkes hat die Republik an sich aber einen breitem Raum geschaffen als die frühern Verfassungen, und auch die politische und die persönliche Freiheit sind vergleichsweise gegenwärtig gesicherter als unter den frühern Regierungen. Wenn Frankreich heute in Handel und Verkehr etwas zurückgedrängt scheint, und wenn in Verwaltung und Gesetzgebung viele berechnigte Wünsche unerfüllt bleiben, so kann man nicht die Republik dafür verantwortlich machen. Im einzelnen ist die Verfassung von 1875 sicher äußerst verbesserungsbedürftig, als Ganzes sagt sie aber dem französischen Volke zu. Der republikanisch-demokratische Gedanke hat seit dreißig Jahren unaufhaltsame Fortschritte gemacht. Bei den jetzigen Wahlen hat sich überhaupt nur noch wenig von einer offen monarchistischen Strömung bemerken lassen, und es ist bezeichnend, daß auch die Nationalisten nur mit einer möglichst entschiednen Betonung ihres Republikanismus glaubten Geschäfte machen zu können. Das Staatspräsidium ist im Februar ohne die leiseste Erschütterung in andre Hände übergegangen, jetzt löst mit derselben Ruhe eine Volksvertretung die andre ab. Das sind Tatsachen, die in Ländern mit jahrhundertalten Überlieferungen selbstverständlich sind, die aber für Frankreich besondere Beachtung verdienen. Sollten die Fieberkrämpfe, in denen sich dieses Volk hundertundzwanzig Jahre lang gewunden hat, wirklich zu Ende sein? Wenn man die Geschichte unsrer Nachbarn in der neuern Zeit betrachtet, ist man nicht zu Optimismus geneigt. Desto freudiger begrüßt man deshalb alle sichern Anzeichen der politischen Genesung. Nur die Ordnung und die Zuverlässigkeit im Staatsbau können dieser verschwenderisch begabten Rasse Licht und Luft zu neuem innern Leben, zu neuem Aufschwung, zu einer neuen Jugend geben.

In diesem Siege des republikanischen Gedankens möchten wir das eigentliche Merkmal der großen Entscheidung sehen, die das französische Volk soeben zu erkennen gegeben hat. Alle andern Deutungen sind schief oder ganz unhaltbar. Die radikale Linke hatte nur deshalb die meisten Erfolge, weil sie die Verfassungstreue am schärfsten, fast mit einer an Fanatismus grenzenden Einseitigkeit betont hat. In den sozialistischen Blättern liest man freilich, die Wahlen bedeuteten einen der glänzendsten Fortschritte der sozialen Revolution. In Wahrheit haben die „geeinten“ Genossen aber kaum die Hälfte der Mandate erobert, von denen sie phantasiert hatten. Die eigentliche Kulturkampfpresse behauptet immer wieder, der Kampf habe sich zwischen der Demokratie und Rom abgespielt, und der Katholizismus sei vom französischen Boden weggesegt. Republik und Kirche sind aber durchaus keine Gegensätze, und das Christentum ist heute dieselbe Macht, die es gestern war. Wenn es heute in Frankreich fast jeden Einfluß auf das öffentliche Leben verloren hat, so ist das kein Triumph der Parteien, die für das Separationsgesetz gestimmt haben, sondern das Ergebnis einer jahrzehntelangen Entwicklung. Die Lanterne, eins der führenden Blätter der herrschenden äußersten Linken, schreibt: „Frankreich hat gezeigt, daß es für die katholische Religion wie übrigens auch für alle andern Religionen nur Haß

und Ekel empfindet.“ Das ist blanker Unsinn, und ein Blick in die Kirchen könnte das dem Lanterne-Schreiber beweisen — gerade in diesen Tagen, wo ungezählte Tausende von jungen Christinnen und Christen zur ersten Kommunion geführt werden, und wo Hunderttausende von gut französischen Herzen in Rührung und Andacht schlagen. Die Radikalen möchten den 6. Mai als Verherrlichung des Combismus erscheinen lassen, und doch kehren auch die Gegner des Petit père und seiner Regierungsmethoden, die es auf der Linken zahlreich genug gibt, ziemlich ungeschwächt in das Palais Bourbon zurück, das Anwachsen des intransigenten guesdistischen Sozialismus bedeutet sogar einen Schlag gegen die Politik Combes, der links keine Feinde haben wollte. Im progressivistischen Lager allein hat man erkannt, daß das Wahlergebnis nur deshalb ein Sieg für den Bloc ist, weil er jede Versöhnung mit Parteien von sich gewiesen hat, die auch nur des Schwankens in ihrer republikanischen Überzeugung im entferntesten verdächtig waren. Die Nationalisten schließlich wittern natürlich überall Verrat und können sich den Sieg der Linken nur durch die Zufälligkeiten des Wahlsystems, Betrug der Regierungskommissare, Abstimmungs-schwindel und Bestechung durch Freimaurer oder gar durch den König von Preußen erklären. Die eigentliche konservativ-kirchliche Rechte hat 400 000 Stimmen gewonnen, und wenn die Zahl der Sitze, die sie erobert hat, diesem Erfolge nicht entspricht, so darf man nicht vergessen, daß sich die katholische Opposition erst jetzt überhaupt zu organisieren beginnt. Es ist falsch, wenn die kirchlichen Heißsporne behaupten, man hätte viel schärfer den Kampf gegen die republikanische Regierung in den Vordergrund rücken müssen, es ist aber auch falsch, zu behaupten, der Kulturkampf sei nach wie vor Trumpf. In den Wahlaufrufen haben sich die meisten Blockandidaten im Gegenteil verpflichtet, religiöse Empfindlichkeiten ängstlich zu schonen und dafür zu sorgen, daß das Trennungsgesetz mit wahren Liberalismus und dem weitesten Entgegenkommen gegen die Gemeinden ausgeführt wird. Wir glauben, wie gesagt, daß die Bedeutung des Wahlergebnisses — soweit man in der Abstimmung vom 6. und vom 20. Mai nach dem in Frankreich geltenden System ein Spiegelbild der Volksstimmung zu sehen vermag — allein darin zu finden ist, daß die Republik zur unbeschränkten und unangreifbaren Herrschaft gekommen ist.

Alle weiteren Schlüsse aus dieser Tatsache sind mit großer Vorsicht zu ziehen. Zunächst schon, was die parlamentarischen Gruppierungen in der neuen Kammer anlangt. Es ist unglaublich, was in diesen Wochen hier für neue Parteibündnisse und neue Mehrheiten zusammenprophezeit werden. Die Verführung zu solchen Kunststücken ist ja freilich groß, da sich fast alle Parteien in einer gewissen Perzeung befinden. Der geschlossene Bloc, der sich vor vier Jahren Herrn Combes zur Verfügung stellte, ist heute nicht mehr da. Die Radikalen mit den Radikalsozialisten scheinen die gegebne Kentruppe für eine Regierung zu sein. Sie allein genügen aber nicht. Das Ministerium ist genötigt, Hilfskräfte heranzuziehen. Von links oder von rechts? Da beginnen schon die taktischen Schwierigkeiten. Die „geeinte“ Sozialdemokratie hat offen erklärt, daß sie, nachdem die Demokratie felsenfest gesichert und die clerikale Gefahr beseitigt ist, in Zukunft die radikale Bourgeoisie ihrem Schicksal

überlassen und den Klassenkampf des Proletariats auch gegen die Nachbarn auf der bürgerlichen äußersten Linken mit voller Kraft eröffnen wolle. Herr Zaurès, der zu Combes Zeiten den blauen Opportunismus vertrat, spielt heute den kommunistischen Revolutionär und will die neue Ära mit einer Vorlage zur Abschaffung des Privateigentums einleiten. Nun braucht man solche Erklärungen und solche Gesetzentwürfe gewiß nicht tragisch zu nehmen, weder bei Herrn Zaurès noch bei der französischen parlamentarischen Sozialdemokratie überhaupt. Man darf aber nicht vergessen, daß die Leitung der Partei voraussichtlich an Herrn Guesde übergehen wird, der heute schon den Achtstundentag für einen überwundenen Standpunkt erklärt und eine Stunde zwanzig Minuten Tagesarbeit für genügend hält; noch wichtiger ist, daß sich die Arbeiterbewegung im Lande zu einer offen revolutionären entwickelt, und daß ihre treibenden Kräfte nicht mehr in der offiziellen Sozialdemokratie, den Deputierten und den Intellektuellen zu suchen sind, sondern in der confédération générale der Arbeitsbüros und der Syndikate, die von dem parlamentarischen Kampf für die Interessen des Proletariats nichts mehr erhoffen, die jeder Regierung, auch der radikalsten, den Krieg erklären, und die alles Heil von der action directe erwarten. Damit ist der Generalstreik, Sabotage und bewaffneter Widerstand gegen die heutige Staatsgewalt gemeint. Die Bombenaffären der letzten Zeit haben uns gezeigt, daß die action directe mit der Propaganda der Tat der Ravachol und Genossen eine verzweifelte Ähnlichkeit hat. Mit solchen Elementen wird auf die Dauer auch Herr Zaurès nicht zusammenarbeiten wollen, und den Radikalsocialisten wird es erst recht unmöglich sein. Schon das Stichwahlbündnis zwischen Sozialdemokraten und Combisten begegnete dem Widerspruch mancher Genossen. Bei der gesetzgeberischen Arbeit wird sich diese Unverträglichkeit der revolutionären Linken mit der bürgerlichen Linken noch mehr ergeben.

Der Bruch wird aber wohl nicht so schnell erfolgen, wie die Opposition es hofft. Zaurès einerseits, Pelletan andererseits sind Freunde eines Zusammengehens ihrer Parteien, wenigstens von Fall zu Fall. Sie werden sich auch nicht daran stoßen, daß der eine plötzlich die Frage des Privateigentums in Angriff nehmen will, die der andre eben als einzige Meinungsverschiedenheit der alten Verbündeten bezeichnet hat. Freunde des Bloc bleiben auch die sogenannten „Unabhängigen“ in der Sozialdemokratie, die den Abmarsch der Zaurèsisten zu den Revolutionären nicht mitgemacht haben, und die deshalb von den Geeinten jetzt mehr verfolgt werden als Klerikale oder sonstige „Reaktionäre“. Der französische Sozialismus hat schon so viel Sezessionen erlebt, daß hier neue Abpflitterungen und Weiterbildungen sehr möglich sind. Jedenfalls ist bei den Radikalsocialisten auch heute noch die Neigung weit größer, mit den wilden Männern vom Umsturz zusammenzugehen — wenn diese es nur gestatten wollen —, als die Bereitschaft, die Regierungsmehrheit nach der Mitte hin zu erweitern. Hat doch in diesen Tagen sogar ein Gelehrter des Bloc, der Professor Seignobos, den Wunsch ausgesprochen, man möge sich von der „Demokratischen Union“ trennen, diesem gemäßigten Flügel des alten Bloc. Alles nur, um der Liebe zur alleräußersten Linken leben zu können. Solche Anschauungen werden freilich

nicht von allen Radikalen geteilt. Bei diesen haben die Erfahrungen von Lens, der Erste-Mairummel, die gegenwärtigen Pariser Streikunruhen und der antimilitaristische Skandal doch ernüchternd gewirkt. Man möchte die alte Combes'sche Formel „Links keine Feinde!“ nicht über Bord werfen, beginnt doch aber andererseits zu zweifeln, ob sich der Bund mit Leuten wird aufrechterhalten lassen, die sich nicht mehr mit der Dienerrolle begnügen und die nach der Kirche auch das Kapital beseitigen wollen. Bei diesen Radikalen wird man geneigt sein, sich beizeiten nach Unterstützung in der Mitte umzusehen, um, wenn nötig, auch ohne die Sozialdemokraten, schlimmstenfalls sogar gegen sie regieren zu können. Solche Stimmungen sind natürlich in der Demokratischen Union, der eigentlichen Partei Waldeck-Rousseau, noch viel lebhafter und finden wahrhaft feurige Gegenliebe bei den Progressisten, wenigstens deren linkem Flügel, der sich solange nach einem Platz an der Regierungstafel gesehnt und der die Hoffnung auf eine Mehrheit, in der er selbst herrschen könnte, aufgegeben hat. Die Bedingung ist die Einstellung weiterer Angriffe gegen die Kirche. Diese Bedingung wäre leicht zu erfüllen, desto schwieriger wäre aber die Lösung der Frage, wie man sich über die Arbeiterpensionen, die Steuerreform und die Verstaatlichungen einigen soll. Das ist jedoch gerade das Gebiet, auf dem zunächst praktische Arbeit zu leisten sein wird, und auf dem die gemäßigten Liberalen der Mitte und die dem Staatssozialismus zuneigenden Radikalen ganz verschiedene Ansichten haben. Der Plan einer radikal-unionistischen-progressivistischen Mehrheitsbildung wird deshalb schwieriger zu verwirklichen sein, als man das bei den Gemäßigten denkt.

Von jedem Einfluß auf die Staatsgeschäfte ausgeschlossen wird auch im neuen Parlament der Nationalismus bleiben. Der nationalistische Gedanke selbst hat sogar in seiner Hochburg Paris die verbende Kraft verloren. Nur neue Krisen im Innern oder eine heftige Erschütterung von außen könnten ihn wieder in die Höhe bringen. Seine Erbschaft wird zum Teil jene Gruppe übernehmen, die von der *action libérale* in die Kammer gebracht ist. An ihrer Spitze steht der bekannte christlich-soziale Abgeordnete Piou, ein vortrefflicher Organisator und wahrer Volksmann. Ob es ihm gelingen wird, eine wirkliche achtunggebietende Opposition auf die Beine zu bringen, bleibt abzuwarten. Dazu gehören doch noch andre staatsmännische Gaben als Rednertalent und Volksvereinspolitik. Die wichtigsten nationalistischen Blätter sind schon dieser Aktion gewonnen, und die Erfolge in der dem Kirchentum noch nicht verlorenen Provinz beleben die gesunkenen Hoffnungen der Katholiken wieder etwas. Eine eigentliche Revanchepartei gibt es heute in Frankreich nicht mehr, und die monarchistische Rechte hat für den Realpolitiker zurzeit ebenso wenig Bedeutung wie das Fähnlein der halbbonapartistischen Plebiszitäre.

Die Veränderung des parlamentarischen Bildes ist danach am meisten in der Verstärkung der äußersten Linken, in der Schwächung der Mitte und in dem Ansatze zu einer neuen Sammlung der Opposition in kirchlichem Sinne zu erkennen. Es sind zwei Mehrheitsmöglichkeiten, wie wir ausgeführt haben, gegeben. Wir glauben aber, daß bis zur Wintertagung die Gruppierung noch die alte bleiben wird.

Es gibt nur ein Mittel, die bisherige Mehrheit wieder fest zusammenzuschweißen: das wäre das Verbot der Kultvereinsbildung gemäß dem Separationsgesetz durch den Papst. In Frankreich findet man auch heute noch Heißsporne, die in einem Religionskriege die einzige Rettung des Katholizismus sehen. Natürlich lehnen sich diese Don Quixotes an die orleanistische oder die bonapartistische Fronde an, die Frankreich, das gar nicht gerettet sein will, durchaus von der Republik erlösen wollen. Es konnte in der letzten Zeit hier und da scheinen, als wenn diese Stürmer und Dränger das Ohr Pius des Zehnten hätten. Das bekannte Schreiben der katholischen Aristokraten von Blut und Geist an die französischen Bischöfe, in dem die Genehmigung der neuen Kultvereine befürwortet wurde, soll in Rom unangenehm berührt haben, ebenso wie der republikanische Abbé Lemire wegen seiner maßvollen Haltung in der Inventarfrage, zum wenigsten bei der französischen hohen Geistlichkeit, Anstoß erregt hat. Wir glauben aber nicht, daß der Papst den katholischen Intransigenten nachgeben und der theoretischen Verurteilung der Trennung von Staat und Kirche und des Gesetzes vom 9. Dezember 1905 durch die letzte Enzyklika auch das Verbot der Kultvereinsbildung in der Praxis folgen lassen wird. Die Kirche könnte bei einem solchen offenen Kampfe gegen die republikanische Regierung nur das eine erreichen, daß dem Ministerium in der Bretagne, der Vendée, in Savoyen, vielleicht auch sonst noch in dem einen oder andern Departement durch Unruhen Schwierigkeiten gemacht werden. Sie selbst würde sich aber damit den Todesstoß geben. Organisieren sich keine Kultvereine, so kommen das Kirchengut und die gottesdienstlichen Gebäude an den Staat, der sie entweder für sich behält, oder was noch schlimmer wäre, sie schismatischen Vereinen übergibt. Der Kultus wird unterdrückt, da seine Ausübung nur den anerkannten Vereinen zusteht, und die Katholiken sind, wie zur Römerzeit, gezwungen, im Verborgnen und verfolgt sich zu versammeln. Die widerspenstigen Priester wandern ins Gefängnis. Wir bewundern den Glauben der Franzosen, daß solche Drangale der katholischen Kirche in Frankreich die Kraft geben werden, deren sie sich augenblicklich bar zeigt; aber wir teilen diesen Glauben nicht. Der Niedergang im kirchlichen Leben des Volkes ist denn doch zu offenkundig geworden. Die schlimmsten Erwartungen sind noch übertroffen worden. Die Trennung der Kirche vom Staat und die damit, nach katholischer Auffassung, im Zusammenhang stehende Entrechtung der Kirche, die Beleidigung des Heiligen Stuhles durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die einseitige Aufhebung des Konkordats, die Streichung des Kultusetats, der eine unbestreitbare, unkündbare Verpflichtung des Staats war, die Verfolgung der Kongregationen, die zahlreichen verletzenden Bestimmungen des Separationsgesetzes: die ganze Leidensgeschichte der letzten vier Jahre hat, wie man jetzt sieht, auf den größern Teil des „katholischen“ Frankreichs nicht den geringsten Eindruck gemacht! Die Inventurkrawalle haben ebensowenig eine wirkliche Volksbewegung verursacht wie die Schließung der Klöster und die Verjagung der Ordensschwestern und der Mönche zu Combes Zeiten. Das Volk in seiner Masse ist zwar nicht kirchenfeindlich, aber vollständig gleichgiltig. Die althergebrachte und deshalb beibehaltne kirchliche Feier von Familienfesten, die Einsegnung der Kinder, alles

das ändert nichts daran, daß drei Viertel der Franzosen ohne Bedenken bereit sind, auch außerhalb des Schattens der Kirche zu leben und zu sterben, wenn mit der Gemeindemitgliedschaft irgendwelche Unannehmlichkeiten oder Opfer verbunden sind. Wir wissen nicht, ob die französische Volkseele in absehbarer Zeit zu neuem religiösem Leben erwachen wird, wir wollen auch die Frage unerörtert lassen, wer die Schuld an dieser Erstarrung und Vereisung trägt, und wo die Heilmittel zu finden sind. Das eine ist aber ganz sicher, daß es nie einen ungeeigneteren Augenblick zu einem Vorstoß des politischen Katholizismus gegen den Staat gegeben hat. Bis zu diesen Wahlen schien der Gedanke, mit dem gläubigen Teil des Volkes die atheïstische und kirchenfeindliche Regierung bekämpfen zu wollen, nicht ganz aussichtslos. Die Wahlen haben aber den Führern der Katholiken mit schmerzender Klarheit gezeigt, daß der französischen Nation die Republik wichtiger ist als die Kirche. Jeder Kampf ist da nutzlos. Man wird auch in Rom die Dinge sehen, wie sie sind, und nicht, wie sie sein könnten. Jede Feindseligkeit des Vatikans würde mit der Beseitigung der Milderungen beantwortet werden, die zum Ärger der wilden Kulturkämpfer in das Separationsgesetz hineingebracht worden sind. Der nächste Hieb des neuen Bloc, der sich unfehlbar bilden würde, wäre die Vernichtung der Reste der Unterrichtsfreiheit und die Einführung des Schulzwangmonopols, die eine religiöse Kindererziehung nahezu unmöglich machen würde. Welches Schicksal die Kirche selbst hätte, haben wir oben schon ausgeführt. Wir glauben darum nicht, daß das bevorstehende französische Bischofskonzil eine Entscheidung des Papstes, die die Kultvereine verbietet und den Religionskrieg eröffnet, befürworten wird. Auch die Genehmigung der Bewerbung um die Staatspensionen durch die Geistlichen spricht gegen die Vermutung, die Kirche bereite einen Verzweiflungskampf vor. Die Führer der katholischen Bewegung werden am besten tun, die Männer in der Regierung und an der Spitze der leitenden Parteien, die eine Versöhnung im Lande wollen, und die es mit einer milden Kirchenpolitik ehrlich meinen, nicht zu reizen. Man lasse das gefährliche Lieblingen mit Intriganten, die das Christentum nur als Deckmantel für ihre staatsfeindlichen Pläne ausbeuten und es damit erniedrigen wollen. Man ziehe aus diesen Maiwahlen die Lehre, daß der Katholizismus seine Leiden zum großen Teil seiner republikanischen Unzuverlässigkeit verdankt, und daß es für ihn nur Rettung gibt, wenn er seine Gegner durch Verfassungstreue und Patriotismus noch zu übertreffen sucht. Vor allem aber er strebe sich innerlich zu sammeln, zu organisieren. Bisher fehlt dazu so gut wie alles, zunächst auch eine gute Presse. Man gebe es auf, das Heil von irgendeinem Staatspräsidenten, von einem Religionskriege, von einem Machtwort des Papstes, von einem Wunder Gottes, etwa einer neuen Jeanne d'Arc zu erwarten. Der Katholizismus muß sehen, daß sich heute die Sünden von Jahrhunderten rächen, und daß er sich ein Volk wieder erobern muß, dessen Liebe und Vertrauen er sich verscherzt hat. Die Biou, Abbé Lemire, Abbé Garnier mit seinem Peuple Français, der Demain von Lyon beweisen, daß sich neues Leben zu regen beginnt, daß man eigener Kraft vertrauen, und daß man die Sache der Kirche nicht mehr mit den romantischen Launen der monarchistischen

Aristokratie, mit der Verschwörung abenteuernder Generale, mit der Hege der Deutschenfresser verkoppeln will. Hier liegt die Rettung und nicht in einem Kriege gegen die Clemenceau und Combes, denen die ganze Staatsmacht zur Seite steht, denen man heute noch nicht gewachsen ist, und die nur den Augenblick erlauern, um die letzten Freiheiten der Kirche zu vernichten oder sie mit einem Schisma zu ersticken.

Werden von beiden Parteien neue Fehler vermieden, ist zu hoffen, daß der Kulturkampfärm in der neuen Ära etwas verstummen wird. Die Blocparteien haben gesiegt, aber die Blocpolitik wird nicht fortgesetzt werden. Für den Radikalismus, der dreißig Jahre lang vom Angriff gegen den Klerikalismus gelebt hat, der nun zur Herrschaft gelangt ist und ein positives gesetzgeberisches Programm aufstellen muß, beginnen damit erst die eigentlichen Schwierigkeiten, zumal da auch das Band, das die alte Mehrheit verknüpfte, nur ein negatives Kampfprogramm war. In den Wahlausrufen der Radikalen kann man so viel Reformvorschläge finden, daß man jahrelang zu tun hätte, auch nur einen Teil davon zu verarbeiten. Die wenigsten von diesen Gedanken sind aber reif zur gesetzlichen Festlegung. Die nächsten legislativen Aufgaben der neuen Kammer werden also die Reste des Combes'schen Nachlasses sein: das Arbeiterpensionsgesetz, das in einer praktisch ganz undurchführbaren Fassung zunächst dem Senat übergeben ist, und die Steuerreform, die seit Jahrzehnten verlangt wird, und die doch jeder scheut, der eine Vermehrung der Abgaben zu fürchten hat. Wir glauben nicht, daß der neue Poincaré'sche Entwurf so gründliche Arbeit machen wird, wie zu wünschen wäre. Der gegenwärtige Finanzminister gehört ebensowenig, wie seinerzeit Rouvier, zu den Leuten, die scharf zuzufassen lieben. Die Staatsfinanzen bedürfen dringend der Sanierung. Das neue Budget hat vom alten ein Defizit von 100 Millionen etwa übernehmen müssen, und die neuen Gesetze werden ganz unberechenbare Mehrausgaben fordern. Man will aber von neuen Steuern in diesem jetzt wohl schon höchstbesteuerten Lande Europas nichts wissen, und von einer neuen Riesenanleihe auch nichts. Sparsamkeit ist den Deputierten ebenfalls nicht anzugewöhnen, und so könnte man als französischer Finanzminister wohl an allem Heil verzweifeln, wenn man sich nicht schon lange an den trübseligen Zustand des republikanischen Staatsschatzes gewöhnt hätte, und wenn nicht das Vertrauen zu dem unerschöpflichen Reichtum des Landes so fest begründet wäre. Rechnet man zu allen diesen Fragen noch die Verwaltungsreform und das Verstaatlichungsproblem, so wird klar, daß die Herren in der Regierung gar kein neues Programm zu erfinden brauchen: das vorliegende genügt schon.

Die Unsicherheit der parlamentarischen Gruppierung läßt auch jetzt eine Umgestaltung des Ministeriums kaum geraten erscheinen. Wenn man den fünf gemäßigten Portefeuilleträgern den Stuhl vor die Tür setzt, macht man sich nicht nur die Mitte, sondern auch den rechten Flügel des Bloc zu Feinden, und Clemenceau weiß sehr wohl, daß er recht bald in die Lage kommen kann, ohne oder sogar gegen die Sozialdemokratie regieren zu müssen. Da muß man sich die Parteien warm halten, und man muß auch auf Leute wie Doumer und Millerand Rücksicht nehmen, die heute Könige ohne Land sind, die bei den etwaigen neuen Mehrheitsbildungen aber eine sehr große Rolle spielen können.

Vielleicht beginnt für Frankreich wirklich eine neue Zeit, vielleicht wendet sich die nun gesicherte Republik, die sich solange in inneren Kämpfen verzehrte, neuen, fruchtbaren gesetzgeberischen Gedanken zu. Die ersten Staatsmänner der Republik nach dem Zusammenbruch glaubten der neuen Verfassung nur Lebensfähigkeit versprechen zu können, wenn sie konservativ bliebe. Heute ist die demokratische Staatsform das konservative Element geworden, und die staatserkhaltenden Gruppen von 1871 bis 1877 sind heute änderungs- und neuerungslustig. Die Verfassungsfrage gilt den herrschenden Parteien als gelöst, obwohl jeder einsieht, daß so mancher Artikel änderungsbedürftig ist. Als Gegner stehen sich heute die Anhänger einer liberalen Staatsauffassung und die Verfechter der Staatsallmacht gegenüber. Die Progressisten nähern sich den englischen Liberalen, für die sich der Staat mit der Aufgabe der Sicherheitspolizei begnügen soll, und für die jedes Mehr als Eingriff in die persönliche Freiheit gilt. Die Radikalen Frankreichs dagegen betrachten die Republik als befugt, sich in alle Verhältnisse einzumischen, wo es ihr notwendig scheint. Daher ihre Neigung zu Verstaatlichungen, zur Zwangs-pensionierung der Arbeiter, zur Monopolisierung des gesamten Unterrichts. Sie haben die sozialen Aufgaben des modernen Staates viel besser erfaßt als die Altliberalen, aber mit ihrer Macht ist auch die unerträgliche Tyrannei gewachsen, die alle Staatsbürger in ein Schema zwingen will, und die sich auch die Herrschaft über Gebiete anmaßt, die dem Staat ewig verschlossen bleiben, die Gebiete des individuellen Denkens und der politischen und der religiösen Überzeugungen. Die französischen Liberalen sind tolerant bis zur Schwäche, die Radikalen sind intolerant bis zur gewalttätigen Verfolgungssucht. Wir haben das in der Regierungszeit Combes erlebt. Die Liberalen haben für heute das Spiel verloren. Sie haben seit 1789 nichts zugelehrt und glauben, der Staat müsse sich mit den Aufgaben begnügen, die die Theoretiker der ersten Revolutionstage ihm zuwiesen, vor allem mit dem Schutz der persönlichen Freiheit und des Eigentums. Für die Radikalen dagegen ist der Einmischung der Republik keine Schranke gesetzt, und das Individuum hat nur Wert, wenn es bereit ist, willenlos im Gesamtvolk aufzugehen. Auch diese neuen Jakobiner haben seit 1793 nichts gelernt. Alles, was wir sind und denken, alles, was uns umgibt in der Natur, hat nur Bedeutung und Wert, wenn es der Republik dient. Am 8. Mai war, wie immer, das Denkmal des großen Naturforschers Lavoisier mit Blumen geschmückt; an jenem Tage waren es 112 Jahre, daß er auf das Schafott steigen mußte. Als der Präsident des Revolutions-tribunals das Todesurteil aussprach, bat Lavoisier mit der Gelassenheit des Weisen, man möge ihn nur noch ein Experiment vollenden lassen, das den Abschluß von jahrelangen Untersuchungen bilden sollte, die von der höchsten Bedeutung für die Wissenschaft und für die Menschheit seien. Hinterher wolle er gern sterben. Coffinhal aber antwortete mit den großen Worten: „Die Republik braucht weder Gelehrte noch Chemiker — die Gerechtigkeit darf nicht aufgehalten werden.“ Lavoisiers Haupt fiel, wie auch heute nach radikalen Begriffen das Leben jedes Bürgers dem Staate verfallen ist, wenn dieser es aus irgendwelchen Gründen fordert. Bei der Feier des Höchsten Wesens rief

Robespierre als Oberpriester in wahrer Begeisterung: „Überlassen wir uns heute dem Entzücken einer reinen Freude! Morgen bekämpfen wir aufs neue die Laster und die Tyrannen!“ Das heißt: morgen fallen die Köpfe derer zu Dutzenden, die nicht unsre Ansicht vom besten Staat haben. Der Fanatismus Robespierres war nicht andrer Art als der der heutigen Radikalsocialisten, nur ist das Schafott aus der Mode gekommen, und die Fichen, die Polizeischikanen und die Parteiächtung sind an seine Stelle getreten. Die Mystiker des Konvents führten die Dekadenfeste der Gerechtigkeit, der Keuschheit, der Freundschaft und dergleichen ein. Die heutige Republik nennt ihre Panzerschiffe Wahrheit, Demokratie, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit usw. und begeht damit eine ähnliche Geschmacklosigkeit. Das Jakobinertum mit allen diesen lächerlichen Außersichlichkeiten wird erst zur vollen Reife kommen, wenn sich die Sozialdemokratie an die Stelle des Combismus gesetzt haben wird. Zwischen diesem politischen Sektentum und dem Liberalismus ist keine Versöhnung, sondern nur Kampf möglich, und dieser Kampf wird heute auf wirtschaftlichem Gebiet ausgefochten, wie er gestern auf kirchlichem geführt wurde. Aus der Streikfreiheit wird Streikzwang, die Arbeitsfreiheit existiert nicht mehr, der einzelne Arbeiter hat nicht mehr das Recht, selbständig zu entscheiden. Das Syndikat tritt an die Stelle des Individuums. Damit beginnt man, und bei der Aufhebung des Privateigentums, der Beseitigung der Familie, der Niederlegung der nationalen Grenzen endet man. Der Absolutismus der Gesamtheit ist da. Die Fronvögte der neuen Gesellschaft passen mit der Uhr in der Hand auf, daß wir ja nicht zur un-rechten Zeit schlafen, essen, arbeiten, lachen, singen oder weinen.

Wir werden diese Idylle nicht mehr erleben, und Frankreich wird ein-stweilen von ihr verschont bleiben. Aber ohne ernste Kämpfe wird es nicht abgehn, und wir werden die weitere Entwicklung dieses Ringens der Freiheit und Selbstbestimmung mit der wachsenden Tyrannei der Masse mit Interesse beobachten. Wie wird es in Frankreich aussehen, wenn nach abermals vier Jahren das Volk seine Vertrauensmänner wählt? Hoffen wir, daß wenigstens der äußere Friede diesem schönen Lande in dieser Zeit erhalten bleibe; hoffen wir das in unserm eignen Interesse und dem unsrer Nachbarn.

Paris

Franz Wugl



## Gefängnisdualismus



Im Abgeordnetenhaus ist ein von zahlreichen Mitgliedern der ver-schiedensten Parteien unterzeichneter Antrag eingebracht worden, den Dualismus im preußischen Gefängniswesen möglichst bald zu beseitigen. Damit ist wieder einmal eine Frage aufgeworfen worden, die in Preußen seit hundert Jahren erörtert wird, mit der sich der Landtag seit seinem Bestehen fast in jeder Tagung beschäftigt hat. Wenn sie bis heute nicht gelöst worden ist, so findet das seine Erklärung darin, daß die Erledigung der großen politischen und sozialen Aufgaben, die das vorige